

Sächsisch Volkszeitung

Verwaltung: Dresden-N., Volkersstr. 11, Fernr. 20711 u. 21012
Geschäftsverh., Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei
u. Verlag G. W. Wintz, Volkersstr. 17, Fernr. 21012,
Telef. Nr. 1023, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 04747

Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur

In Falle von höherer Gewalt, Verbot, einseitiger
Betriebsstörungen hat der Verleger oder Inhaber keine
Haftung, falls die Zeitung in beschränktem Umfange,
verpöblich oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden

Rede Schwerin Krosigk's in Aachen

Eine Mahnung an das In- und Ausland

Der Reichswirtschaftsminister über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“

Aachen, 13. Nov.

In Aachen sprach am Montagabend der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin v. Krosigk, über „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“.

Er erinnerte an die Scheinkonjunktur, die mit Hilfe der Auslandskredite erzeugt wurde, und an den großen Fehler, daraus nicht die Reserve zu schaffen für die Krisenzeit, die unvermeidlich in dem Augenblick kommen mußte, in dem die Kredite nicht mehr flossen. Die dann folgende Drosselung der Ausgaben verringerte nicht nur alle Einnahmen, sondern erhöhte auch die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit und schädigte die Steuerkraft.

Auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft werden wir bestimmt nicht Meiste gehen, erklärte der Minister, machte aber auf Gefahrenherde aufmerksam. Als Weiber bedrückte Gewichte machten aus einer leicht verständlichen Knappheit die Uebertreibung eines Mangels.

Es sei ganz selbstverständlich, daß die Deckung des neu-gebedenen Mehrbedarfs auch eine vermehrte Einfuhr von Rohstoffen erfordere. Die Devisenschwierigkeiten seien eine Folge des Versailler Diktats. Deutschland, das industriell reichste Land der Welt, sei durch das Versailler Diktat das rohstoffärmste und damit kapitalärmste Land geworden. Das sei etwas, was es sonst in der Welt nicht gebe. Stets seien die großen Industrieländer gläubiger gewesen und hätten Kredite an die Rohstoffländer gegeben, die damit ihre Rohstoffe bezogen. Nachdem uns unsere Rohstoffgebiete genommen worden seien, wie also mehr noch als früher Rohstoffe kaufen und mit Devisen bezahlen müßten, sollten wir auch politische Schulden bezahlen. Das Ausland, das wohl wisse, daß eine solche Bezahlung nur durch Ware möglich sei, verweigere die Abnahme dieser Waren. Das sei widersinnig. Wir haben stets unseren Gläubigern gesagt: Wir wollen zahlen, laßt uns zahlen mit dem,

was Deutschland leisten kann, mit Waren und mit Diensten. Aber Waren von Deutschland abnehmen und gleichzeitig Bezahlung von Deutschland zu fordern, das ist ein wirtschaftlicher Zerfall und ist nicht durchführbar. Ich hoffe, daß wir schließlich doch einmal mit diesen ganz selbstverständlichen und ganz klaren Beweisgründen Gehör finden werden. Vorläufig bleibt uns nichts weiter übrig, als den bisherigen Weg zu gehen; jeden Versuch zu machen, unsere Ausfuhr zu fördern, aber auch unsere Einfuhr aus dem Auslande einzuschränken.

Tabei hat der Minister ein Wort nicht anzuwenden, das er hoffe, das Wort: Ersatzstoffe. Was wir selbst erzeugen, sind nicht Ersatzstoffe. Ebenso wenig wie der Rübenzucker ein Ersatzstoff war für den Rohrzucker. Der neue Devisenplan wird zweifellos Schwierigkeiten bereiten, niemals aber fühlbaren Mangel bringen, wenn nicht das deutsche Volk selbst die Kräfte verliert und durch ungerechtfertigte Hamsterei Schäden herbeiführt, zu denen kein Anlaß vorliegt. Hamsterei würde nur zur Preissteigerung führen. Daß die Regierung jeder Preissteigerung scharf entgegentritt, hat sie durch die Ernennung Dr. Goerdelers zum Reichskommissar und durch dessen Sofortmaßnahmen bewiesen. Alle diese Finanz- und Wirtschaftsmassnahmen der Regierung bedeuten nicht das Ende der freien Wirtschaft. Der Staat schreibt nicht jedem Betrieb die Einzelheiten seines Handelns vor, sondern er gibt nur die Richtlinien, mit denen er die Wirtschaft lenkt und leitet, um aus der marxistischen Entfaltung der Begriffe von der Ehre der Arbeit und der Ehre des Handelns herauszukommen.

Stürmischen Beifall fand der Minister, als er erklärte: Der königliche Kaufmann war in dem Augenblick verschwunden, als über dem Hauptbuch nicht mehr stand: „Mit Gott“. Ganz wie der Glaube an den Marxismus, war auch sein Glaube an ein Primat der Wirtschaft vor der Politik. Mit dieser Lehre machte der Staat selbst der Wirtschaft Konkurrenz. Je näher ein Staat ist, um so weniger hat er es nötig, selbst Wirtschaft zu treiben. Darum ist unser Staatsziel: Ein starker, ehrbarer Staat und in der Gut dieses Staates eine freie ehrbare Wirtschaft.

Deutscher Sozialismus

Zu einem Buch von Werner Sombart.

Das Wort Sozialismus hat einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren. Die Zeit ist noch nicht lange vergangen, wo der Sozialist das Schreckgespenst behaglicher und beschützter Bürgerlichkeit war, die sich in ihren sozialen Vorrechten, aber auch in den Werten ihrer Kultur bedroht glaubte, und Feind unterschieden nicht zwischen sozialistischen und marxistischen Ideen, der politische Sozialismus vertrat die Idee des Kampfes einer Klasse um die Alleinherrschaft und der Ueberwindung der nationalen und weltanschaulichen Grenzen, welche dem Siegeszuge des „Weltproletariats“ im Wege standen.

Der nationale Sozialismus ging von völlig veränderten Voraussetzungen aus, er bejahte die organischen Bindungen an Volk, Familie und Kirche, und er führte das Wort auf seinen ursprünglichen Sinn zurück, daß Sozialist sein, sozial handeln heißt.

Diese Forderung nach sozialer Haltung gipfelte in dem für alle Stände und Volksgenossen geltenden Grundsatz, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, und der Führer hat in immer neuen bedeutsamen Formulierungen den Sinn dieses Wortes und dieser Aufgabe erklärt und gedeutet.

Es ist damit für die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik und für die Soziologie und Wirtschaftslehre überhaupt eine völlig neue Lage geschaffen worden, zu der auch die theoretische Wissenschaft einen neuen Blickpunkt gewinnen muß.

Manches ist schon auf diesem Gebiete geschehen, vieles ungetan geblieben, denn die Notwendigkeit des Ausstiegs steht unter dem Druck einer ungewöhnlich kurzen Zeitpanne. Um so begründbarer ist es, wenn einer der Senioren der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft, dessen Auf- und Aufbruch über die Grenzen des Reiches gedrungen ist, der 71jährige Berliner Universitätslehrer Werner Sombart, den großangelegten Versuch unternimmt, in seinem neuen Werk „Deutscher Sozialismus“ (Verlag Buchholz u. Weichwange, Berlin-Charlottenburg 1934) vom historisch-theoretischen Standpunkt aus die neue Entwicklung zu deuten und in die Begriffswelt deutschen Denkens einzuordnen.

Man hat Werner Sombart gern als den Geschichtsschreiber des Kapitalismus bezeichnet, der, wie kaum ein anderer, Wesen und Aufgabe der liberalen Epoche erfasst habe, und er mag von diesem Blickpunkt aus wenig geeignet zur Durchleuchtung einer grundsätzlich anderen, antikapitalistischen Wirtschaftsordnung erscheinen. Dem ist nicht so! Sombart hat wie wenige gerade aus seiner weiten Ueberschau heraus die dem kapitalistischen System anhaftenden Fehler und Mängel, seine Ideen- und Kulturlosigkeit gekennzeichnet und den Kapitalismus von jeher nur als eine Episode betrachtet, die aus geschichtlichen, sozialen und technischen Untergründen zu erklären sei. Aus diesen Erfahrungen heraus tritt er für eine Form des Sozialismus ein, welche die Wiederholung dieser Fehler mit umgekehrten Vorzeichen verhindert, und er betrachtet den neuen „deutschen Sozialismus“ als eine soziale Volks- und Wirtschaftsordnung, die den proletarischen Sozialismus mit der gleichen Schärfe wie den proletarisierenden Kapitalismus ablehnt. Als skeptischer und erfahrener Mann glaubt er nicht an die Verwirklichung eines sozialen Paradieses auf Erden und betrachtet die vorläufige Entwicklung zunächst als einen sozialen Uebergangszustand von vielleicht langer Dauer, der gleichzeitig das Zeitalter des Spätkapitalismus und des Frühsozialismus sei. Er vermeidet daher auch die Aufstellung von Thesen und Theorien, sondern er hält sich an die praktischen Erscheinungsformen, welche durch den nationalen Umbruch und die krisenhaften wirtschaftliche Entwicklung entscheidend bestimmt sind.

Das Volk steht über der Wirtschaft, die niemals Selbstzweck sein darf und Fortschritt kann die Kultur niemals ersetzen, diese Grundgedanken des Nationalsozialismus macht sich Sombart in vollem Umfange zu eigen. Der Reichtum habe die Menschen zu Sklaven ihrer Bedürfnisse, die Technik zu Sklaven der Maschine gemacht und beides, Technisierung und Rammontisierung, seien die Todfeinde jeder sozialen und kulturellen Ordnung. Sombart verlangt eine Rückkehr zu einfachen und natürlichen Lebensformen, die ebenso fern von einer proletarischen Massenkultur wie von dem prophanhaften Luxus des alten Großbürgertums liegen.

Der „Kapitalist“ Sombart bejaht den Gedanken der Plan-

Zwei Anordnungen Dr. Goerdelers

Kauf- und Lieferungsverträge müssen eingehalten werden — Neue Markenartikel nur noch mit Genehmigung des Reichskommissars

Berlin, 13. Nov.

Beim Reichskommissar für Preisüberwachung gehen täglich Klagen ein, daß bei Verträgen, die vor einigen Wochen oder Monaten fest abgeschlossen sind, der Verkäufer bei der Lieferung nur zu erhöhten Preisen oder zu sonstigen verschlechterten Lieferungs- oder Zahlungsbedingungen ausführen will.

Es wird darauf hingewiesen, daß ein solches Verhalten bei zu festen Bedingungen abgeschlossener Verträge vollkommen rechtswidrig ist und Einhaltung abgeschlossener fester Verträge zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten eines ehrbaren Kaufmannes gehört.

Auch Verbände, die Preise bestimmen haben, haben häufig versucht, auf ihre Verbandsangehörigen einen Druck dahin auszuüben, daß selbst solche Waren zu den neuen höheren Preisen abzugeben sind, die noch zu einer Zeit eingekauft sind, als Preisbindungen oder Auflagen nicht bestanden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach Auffassung des Reichskommissars diese Versuche, „Alt-Ware“ späteren Preisbindungen oder verschärften Abgabebedingungen zu unterwerfen, unzulässig sind.

Berlin, 13. Nov.

Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung Dr. Goerdeler über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Preisdeckung veröffentlicht. Im Paragraph 1 ist sie im wesentlichen eine Wiederholung der vom Herrn Reichswirtschaftsminister erlassenen Verordnung vom 18. 5. 1934. Sie bestimmt in Paragraph 1, daß Verbände und andere Zusammenschlüsse öffentlichen oder bürgerlichen Rechts Preise, Mindestpreisen, Höchstpreisen und Mindestzuschläge nur noch mit Einwilligung des Reichskommissars oder seiner Beauftragten festsetzen, verabreden, empfehlen oder zum Nachteil der Abnehmer des Kleinhandlers verändern dürfen.

Paragraph 2 verbietet Erzeugern und Großhändlern, ohne vorherige Einwilligung des Reichskommissars Kleinhandelspreise festzusetzen oder zum Nachteil der Abnehmer zu verändern. Damit wird der unbegrenzte Herausgabe neuer Markenartikel ein Riegel vorgeschoben. Der Reichskommissar wird die Genehmigung für neue Marken-

artikel nur erteilen, wenn die Ware hinreichende Qualität für einen markenwürdigen Schutz aufweist und die Preisstellung in allen Teilen angemessen ist.

Paragraph 3 untersagt, den Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher durch Einschaltung volkswirtschaftlich entbehrlicher Zwischenstellen aller Art zu erschweren, zu verlangsamen oder zu verteuern. Damit soll selbstverständlich nicht die volkswirtschaftlich notwendige Funktion des großen Einzelhandels angefaßt werden. Sie ist im Gegenteil unentbehrlich. Wenn jeder Verbraucher seinen ganzen Warenbedarf bei den verschiedenen Erzeugern decken würde, würde er ein mehrfaches seines Einkommens verzeihen müssen. Betroffen werden sollen hiermit aber diejenigen Zwischenstellungen auf dem Wege der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher, die entbehrlich sind und irgendeine volkswirtschaftlich berechtigte und nützliche Wirkung nicht mehr haben. Damit auch hier keine Unklarheiten in der Praxis entstehen, hat sich der Reichskommissar die Entscheidung darüber vorbehalten, ob die Zwischenstelle im einzelnen Fall volkswirtschaftlich entbehrlich ist oder nicht.

Blutige Ausschreitungen in Mexiko

Mexiko, 13. November.

In der im Staate Puebla gelegenen Ortschaft Atlixco kam es zwischen zwei feindlichen Arbeitergruppen zu einer wilden Schießerei, bei der eine Person getötet und elf weitere — darunter zwei Unbeteiligte — verletzt wurden.

Einwohner des in der Nähe der Hauptstadt Mexiko liegenden Dorfes Acaxtla überfielen in der Nacht zum Montag eine Dorfbewohnerin und deren Tochter, die sich sehr eifrig im sozialistischen Sinne betätigt und deswegen das Mißfallen der Bevölkerung erregt hatten. Die empörten Dorfbewohner versammelten sich unter Glockengeläut, drangen in die Wohnung der Frauen ein und töteten ihre schlafenden Opfer durch Steinwürfe.